

# Die Informationsquellen und -wege der Finanzverwaltung

Auf dem Weg zum "gläsernen Steuerbürger"!

VON  
Dr. Peter Bildorfer

8., neu bearbeitete Auflage

Die Informationsquellen und -wege der Finanzverwaltung – Bildorfer

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](http://beck-shop.de) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Steuerrecht

ESV Berlin 2009

Verlag C.H. Beck im Internet:

[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 503 11658 4

# ***Die Informationsquellen und -wege der Finanzverwaltung***

Auf dem Weg zum  
»gläsernen Steuerbürger«!

Von *Prof. Dr. Peter Bildorfer*,  
Vizepräsident des Finanzgerichts des Saarlandes,  
Honorarprofessor an der Universität des Saarlandes

**8., neu bearbeitete Auflage**

---

ERICH SCHMIDT VERLAG

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter**  
[ESV.info/9783503116584](http://ESV.info/9783503116584)

1. Auflage 1988
2. Auflage 1989
3. Auflage 1993
4. Auflage 1998
5. Auflage 2002
6. Auflage 2004
7. Auflage 2005
8. Auflage 2009

ISBN: 9783503116584

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2009

[www.ESV.info](http://www.ESV.info)

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO-Norm 9706.

Satz: Da-TeX Gerd Blumenstein, Leipzig  
Druck und Bindung: Strauss, Mörlenbach

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	5
Abkürzungsverzeichnis .....	13
<b>1. Vorbemerkung .....</b>	<b>17</b>
<b>2. Die Informationsquellen .....</b>	<b>21</b>
<b>2.1. Der Steuerpflichtige selbst .....</b>	<b>21</b>
2.1.1. Erfüllung der Steuerklärungspflicht; die Überprüfung der Erklärungsangaben .....	21
2.1.2. Der Grundsatz der Subsidiarität .....	33
2.1.3. Die Grenzen des Auskunftsverlangens .....	33
2.1.4. Folgen einer Informationsverweigerung .....	35
2.1.5. Die erhöhte Informationspflicht bei Auslandsbeziehungen .....	36
<b>2.2. Auskunftserteilung von Privatpersonen .....</b>	<b>37</b>
2.2.1. Grundsatz der Subsidiarität .....	37
2.2.2. Die Form des Auskunftsersuchens .....	38
2.2.3. Die Modalitäten der Auskunftserteilung .....	38
2.2.4. Die Information des Steuerpflichtigen .....	38
2.2.5. Auskunftsverweigerungsrechte .....	39
2.2.5.1. Das Auskunftsverweigerungsrecht der Angehörigen ...	40
2.2.5.2. Das Auskunftsverweigerungsrecht zum Schutz bestimmter Berufsgeheimnisse .....	41
2.2.5.2.1. Der Personenkreis .....	41
2.2.5.2.2. Die Begriffe des „Anvertrauens“ und „Bekanntwerdens“ .....	41
2.2.5.2.3. Speziell: Das Auskunftsverweigerungsrecht der Presse – Das Pressegeheimnis .....	42
2.2.6. Die „spontanen“ Auskünfte ohne Anforderung durch das Finanzamt .....	43
2.2.6.1. Anlässe für „spontane“ Auskünfte .....	43
2.2.6.2. Anonyme und namentliche Anzeigen .....	45
2.2.6.3. Der Schutz des Anzeigers .....	45

<b>2.3.</b>	<b>Auskünfte von Behörden und sonstigen Institutionen</b>	<b>46</b>
2.3.1.	Finanzbehörden unter sich	46
2.3.1.1.	Grenzen des Informationsaustausches	47
2.3.1.2.	Kontrollmitteilungen	49
2.3.1.2.1.	Anlässe zur Erstellung von Kontrollmitteilungen	49
2.3.1.2.2.	Rechtliche Grundlagen der Kontrollmitteilungspraxis	51
2.3.1.2.3.	Kontrollmitteilungen und Auskunftsverweigerungsrecht	54
2.3.1.3.	Einzelfälle des Informationsaustausches innerhalb der Finanzverwaltung	55
2.3.1.3.1.	Kontrollmitteilungen der Erbschaftsteuerstellen	55
2.3.1.3.2.	Kontrollmitteilungen der Grunderwerbsteuerstellen	56
2.3.1.3.3.	Kontrollmitteilungen der Außenprüfungsstellen	56
2.3.1.3.4.	Kontrollmitteilungen der Zolldienststellen	58
2.3.1.3.5.	Kontrollmitteilungen der Kraftfahrzeugsteuerstellen	61
2.3.2.	Der Grundsatz der Rechts- und Amtshilfe	62
2.3.2.1.	Die Begriffe der Rechts- und Amtshilfe	62
2.3.2.2.	Die praktische Bedeutung der Amtshilfe	63
2.3.2.3.	Die verpflichteten Behörden	63
2.3.2.4.	Voraussetzungen und Grenzen der Amtshilfe	64
2.3.2.5.	Verfahren	64
2.3.3.	„Spontane“ Mitteilungen von Behörden und sonstigen Institutionen	65
2.3.3.1.	Die Regelung des § 93 a AO	65
2.3.3.2.	Die Vorschrift des § 116 AO	69
2.3.3.3.	Mitteilungen von Gemeinden	69
2.3.3.4.	Informationen von Sozialbehörden	73
2.3.3.5.	Mitteilungen von Gerichten	76
2.3.3.5.1.	Die Anzeigepflicht nach § 18 GrEStG	76
2.3.3.5.2.	Die Anzeigepflicht nach § 34 ErbStG	77
2.3.3.5.3.	Anzeigepflichten nach dem Justizmitteilungsgesetz	79
2.3.3.6.	Mitteilungen von Notaren	80
2.3.3.7.	Informationen durch sonstige Behörden	80
2.3.3.8.	Anzeigepflichten nach dem GWG	82
2.3.3.9.	Informationen von Banken	86
2.3.3.9.1.	Die Tatsachen und die Entwicklung zur Zinsabschlag- und zur Abgeltungssteuer	95
2.3.3.9.1.1.	Die Ermittlungen des Bundesrechnungshofes	95

2.3.3.9.1.2.	Das Urteil des Finanzgerichts Baden-Württemberg vom 5. 6. 1986 .....	96
2.3.3.9.1.3.	Der Weg zur Zinsabschlagsteuer .....	97
2.3.3.9.2.	Die Mitteilungspflicht der Banken nach § 33 Abs. 1 ErbStG .....	106
2.3.3.10.	Informationen von Versicherungen .....	108
2.3.3.10.1.	Die Mitteilungspflicht nach § 33 Abs. 3 ErbStG .....	109
2.3.3.10.2.	Die Zinsabschlagsteuer und die Abgeltungssteuer .....	109
2.3.3.10.3.	Die Regelung des § 29 EStDV .....	109
2.3.3.11.	Informationen durch Spielbanken und Lotteriebetriebe .....	110
2.3.3.12.	Informationen durch sonstige private Institutionen .....	112
<b>2.4.</b>	<b>Information der Finanzverwaltung aus allgemein zugänglichen Quellen</b> .....	112
2.4.1.	Information aus Zeitungen und Zeitschriften sowie dem Internet .....	113
2.4.2.	Information aus Aufgebotsen .....	114
<b>3.</b>	<b>Informationsbeschaffung in besonderen Verfahren</b> ..	117
<b>3.1.</b>	<b>Das Verfahren der Außenprüfung</b> .....	117
3.1.1.	Die Auskunftspflichten im Außenprüfungsverfahren ..	117
3.1.1.1.	Begriff der Auskunft .....	118
3.1.1.2.	Form des Auskunftersuchens .....	118
3.1.1.3.	Die Auskunftsperson .....	118
3.1.1.4.	Der Umfang der Auskunftspflichten .....	120
3.1.1.4.1.	Notwendigkeit des Auskunftsverlangens .....	121
3.1.1.4.2.	Verhältnismäßigkeit des Auskunftsverlangens .....	121
3.1.1.4.3.	Erfüllbarkeit des Auskunftsverlangens .....	121
3.1.1.4.4.	Zumutbarkeit des Auskunftsverlangens .....	121
3.1.1.4.5.	Der digitale Datenzugriff .....	122
3.1.2.	Die Auskunftsverweigerung .....	127
3.1.2.1.	Das Recht des Steuerpflichtigen zur Auskunftsverweigerung .....	128
3.1.2.2.	Folgen einer unberechtigten Auskunftsverweigerung ..	128
3.1.3.	Einzelfragen .....	129
3.1.3.1.	Unterrichtung des Steuerpflichtigen über die Fertigung von Kontrollmitteilungen .....	129
3.1.3.2.	Typische Fallgruppen von Kontrollmitteilungen .....	130

3.1.3.3.	Die Überprüfung von Kontrollmitteilungen bei der Außenprüfung des Dritten . . . . .	131
3.1.3.4.	Die Außenprüfung bei Banken . . . . .	131
3.1.3.5.	Die Umsatzsteuer-Nachschau . . . . .	134
<b>3.2.</b>	<b>Das Strafverfahren</b> . . . . .	<b>138</b>
3.2.1.	Der Steuerpflichtige als Informationsquelle . . . . .	140
3.2.2.	Sonstige Erkenntnisquellen . . . . .	140
3.2.2.1.	Dritte als Informanten . . . . .	141
3.2.2.1.1.	Die Zeugenpflicht . . . . .	141
3.2.2.1.2.	Die Zeugnisverweigerungsrechte . . . . .	141
3.2.2.1.3.	Einzelfragen . . . . .	141
3.2.2.1.3.1.	Bankenermittlungen . . . . .	142
3.2.2.1.3.2.	Ermittlungen bei Zeitungen . . . . .	143
3.2.2.2.	Die übrigen Erkenntnisquellen . . . . .	143
<b>3.3.</b>	<b>Informationsaustausch im internationalen Bereich</b> . . . . .	<b>145</b>
3.3.1.	Die Regelung des § 117 Abs. 1 AO . . . . .	146
3.3.2.	Die Regelung des § 117 Abs. 2–4 AO . . . . .	148
3.3.2.1.	Die Gewährung von Amtshilfe nach § 117 Abs. 2 AO . . . . .	148
3.3.2.1.1.	Amtshilfe aufgrund völkerrechtlicher Vereinbarungen . . . . .	149
3.3.2.1.2.	Amtshilfe aufgrund innerstaatlich anwendbarer Rechtsakte der EG sowie des EG-Amtshilfegesetzes . . . . .	149
3.3.2.2.	Die Gewährung von Amtshilfe nach § 117 Abs. 3 AO . . . . .	151
3.3.2.3.	Der Informationsaustausch im EG-Binnenmarkt . . . . .	152
3.3.3.	Der Informationsaustausch im steuerstrafrechtlichen Bereich . . . . .	153
3.3.4.	Das Bundeszentralamt für Steuern als Informationsaustauschbörse? . . . . .	154
<b>4.</b>	<b><i>Der Schutz vor Informationsweitergabe</i></b> . . . . .	<b>157</b>
<b>4.1.</b>	<b>Das Steuergeheimnis</b> . . . . .	<b>157</b>
4.1.1.	Die an das Steuergeheimnis gebundenen Personen . . . . .	158
4.1.2.	Der Inhalt des Steuergeheimnisses . . . . .	159
4.1.3.	Die Befugnis zur Offenbarung . . . . .	159
4.1.3.1.	Offenbarung zur Durchführung eines Steuer-, Straf- und Steuerordnungswidrigkeitsverfahrens . . . . .	160
4.1.3.2.	Offenbarung aufgrund ausdrücklicher gesetzlicher Zulassung . . . . .	160

4.1.3.3.	Offenbarung bei Zustimmung des Betroffenen . . . . .	161
4.1.3.4.	Offenbarung gegenüber Strafverfolgungsbehörden . . . .	161
4.1.3.5.	Offenbarung bei zwingendem öffentlichen Interesse . . .	163
4.1.3.6.	Offenbarung bei vorsätzlich falschen Angaben . . . . .	163
4.1.3.7.	Offenbarung im Bereich der Datenverarbeitung . . . . .	163
4.1.3.8.	Mitteilung von Besteuerungsgrundlagen . . . . .	164
4.1.3.9.	Mitteilungen zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung . . . . .	164
4.1.3.10.	Mitteilung zur Bekämpfung der Geldwäsche . . . . .	165
<b>4.2.</b>	<b>Das Steuergeheimnis im internationalen Rahmen . . .</b>	<b>166</b>
4.2.1.	Die Regelung im OECD-Musterabkommen . . . . .	166
4.2.2.	Die Geheimhaltung nach Art. 7 der EG-Amtshilfe- Richtlinie sowie nach §§ 3, 4 EG-Amtshilfegesetz . . . .	167
<b>4.3.</b>	<b>Das Datengeheimnis . . . . .</b>	<b>168</b>
<b>4.4.</b>	<b>Das Sozialgeheimnis . . . . .</b>	<b>169</b>
<b>4.5.</b>	<b>Das Bankgeheimnis . . . . .</b>	<b>169</b>
<b>4.6.</b>	<b>Das Pressegeheimnis . . . . .</b>	<b>171</b>
<b>4.7.</b>	<b>Die Schweigepflicht öffentlicher Stellen . . . . .</b>	<b>171</b>
<b>5.</b>	<b><i>Die Finanzverwaltung als Informationsquelle für andere . . . . .</i></b>	<b>173</b>
<b>5.1.</b>	<b>Die Mitteilung von Besteuerungsgrundlagen . . . . .</b>	<b>173</b>
<b>5.2.</b>	<b>Die Information der Berufskammern . . . . .</b>	<b>174</b>
5.2.1.	Die Mitteilung nach § 10 StBerG . . . . .	174
5.2.2.	Die Informationspflicht nach § 411 AO . . . . .	176
<b>5.3.</b>	<b>Die Information zum Zwecke der Verhinderung von Leistungsmissbrauch . . . . .</b>	<b>177</b>
5.3.1.	Die Regelung in § 31 a AO . . . . .	177
5.3.2.	Die Regelung in § 45 d Abs. 3 EStG . . . . .	178
<b>5.4.</b>	<b>Die Finanzbehörden als Teil der Strafverfolgungsbehörden . . . . .</b>	<b>179</b>
<b>6.</b>	<b><i>Schlussbemerkung . . . . .</i></b>	<b>181</b>
	Literaturverzeichnis . . . . .	185
	Stichwortverzeichnis . . . . .	187